

* Wirtschaftliche Wochenschau.

Köln, 9. Juni. Les Dieux s'en vont. Kitchener ist gestorben, der lange Nikolaus längst still beiseite gegangen. Von den drei Königen ohne Land spricht man kaum noch. Frankreich darf sie behalten und verwahren, bis andere Zeiten kommen. Briand, Joffre und andere sollen demnächst in geheimer Kammersitzung entlaust werden. Die Wolkenschieber Poincaré und Grey müssen abwarten, was für sie noch in der Zeiten Hintergründe schlummert. Es wird licht und unbehaglich zugleich im Alliiertenhimmel. Seine bisherigen Insassen hatten dabei in der Mehrzahl nicht einmal das volle Maß, ragten kaum über den Durchschnitt. Auch was blieb, ist nicht höher gewachsen und wird schwer gedrückt von der Last, die man in zwei Kriegsjahren sich aufgeladen. Frankreich seufzt über hohe Frachten, unerschwingliche Kohlenpreise und Teuerung der Nahrungsmittel. In England jubelt zwar der Kohlenhandel ob seiner Riesengewinne, im übrigen aber tönt dieselbe Klage. Dabei ist die englische 3½proz. Krieganleihe, die zu 95% herausgebracht wurde, unter 90% gesunken, die 4½proz., die man zum Nennwert auflegte, auf etwa 95 zurückgegangen und neuerdings werden zweijährige Schatzscheine zu 90% an den Markt gebracht. Die durch Schatzwechsel aufgetürmte schwebende Schuld ist auf über 690 Mill. Pfund gestiegen. Auf die Seeschlacht in der Nordsee fiel noch dazu alsbald der Sterlingkurs. Am stärksten in Spanien, wo er unter 23 Peseten für das Pfund zurückging. Aber auch in New York und im Verkehr mit den skandinavischen Ländern wie mit Holland war die Erschütterung zu spüren, und in London legte sich, wie die Times zu sagen weiß, auf die Meldung von Kitcheners Tod eine Wolke über das Geschäft. Das war das Schlimmste. Les Dieux s'en vont und die goldenen Taler rollen ihnen nach.

Am 15. Mai 1915: „In Berlin aber brachte die kritische Haltung Italiens das bis dahin recht lebhaftes Börsenspiel zum Stillstand und warf die Kurse auf der ganzen Linie zurück. Deutlich zeigte sich dabei, daß der sogenannte freie Verkehr nicht etwa vorwiegend dazu dient, unentbehrliche und notwendige Kapitalausgleichungen zu vermitteln, sondern daß er Sitz und Werkzeug wildester Börsenspekulation geworden ist. Doppelt gefährlich, weil jede öffentliche Kontrolle fehlt. Von der Teilnahme der Banken an diesem Verkehr ist's einstweilen wieder still geworden. Wird sie Wirklichkeit, so wird sicherlich selbst bei den größten Vorsichtsmaßregeln das Börsenspiel noch weitere Kreise ziehen als bisher.“

Am 4. Juni desselben Jahres: „Nach längern Beratungen haben sich die Berliner Großbanken entschlossen, am sogenannten freien Verkehr unter gewissen Bedingungen teilzunehmen. Schon die ersten Tage dieser Teilnahme haben gezeigt, daß damit eine erhebliche Erweiterung dieses Verkehrs verbunden ist. Was die Großbanken trieb war in der Hauptsache wohl die Angst, allmählich einen Teil ihrer Kundschaft zu verlieren, die sich in zunehmendem Maß den Privatbankiers zuwandte. Ob aber ihre Beteiligung am Geschäft für das Gemeinwohl von Nutzen ist, bleibt offene Frage. Sie haben zwar zugesichert, gewisse Beschränkungen auf sich nehmen zu wollen; es sollen nur reine Kassegeschäfte abgeschlossen und für Ankäufe keine Gelder zur Verfügung gestellt werden. Verkäufe sind nur mit sofortiger Lieferung der Stücke abzuschließen. Dabei treten die Großbanken als Eigenhändler auf. Auch wurde zugesichert, daß sie nicht dazu übergehen würden, ihre Bestände an Wertpapieren an den Markt zu bringen und so dessen Mittel, die jetzt in erster Linie für die nationale Verteidigung verfügbar bleiben müssen, zu schwächen. Auch Verkäufe für das Ausland sollen weder mittelbar noch unmittelbar getätigt werden. Wenn man's so liest, möchte's leidlich scheinen. Nur ganz harmlose Gemüter aber können wähnen, daß unsere Großbanken in erster Linie gemeinnützige Anstalten und Tantiemen unwillkommene Zugaben für ihre Direktoren seien. Sie wollen und sollen schließlich Geld verdienen, und dabei wird sich's aller Voraussicht nach zeigen, daß jene Einschränkungen nicht ausreichen, um den Markt vor der Inanspruchnahme zu schützen, die man bisher von ihm abgehalten hat.“

Vor ungefähr Jahresfrist, vor und nach der italienischen Kriegserklärung, waren diese Sätze hier zu lesen. Daß sie richtig wären, hat mittlerweile die Erfahrung erwiesen. Wilder als je ist die Spekulation ins Kraut geschossen, immer weitere Kreise hat das Börsenspiel ergriffen und immer höher sich das Kursgebäude getürmt. Mächtig hat die Beteiligung der Banken nicht gewirkt. Wer ihre Abschlüsse fürs vergangene Jahr gesehen hat, weiß, daß von jenen Versprechungen, die vor dem Eintritt in den freien Verkehr gegeben wurden, gar manche nicht gehalten worden sind, in Wirklichkeit auch gar nicht gehalten werden konnten; denn niemand durfte von den Banken verlangen, daß sie auf ihren Wertpapierbeständen sitzen blieben, während sich Gelegenheit zu gewinnbringender Veräußerung bot. Niemand konnte auch im Ernst erwarten, daß jede Kreditgewährung für solche Geschäfte unterbleiben würde. Mit dem Eintritt der Banken in den freien Verkehr wurde auch deren weit ausgedehnte Kundschaft der Börse wieder zugeführt, und so erlebte man Erscheinungen, wie sie in Friedenszeiten nur auf dem Gipfel von Hochkonjunkturen wahrzunehmen waren. Die glänzenden Abschlüsse und Erträge der Kriegsunternehmungen taten das ihrige, den Spielteufel weiter anzustacheln. Daß unter der Hand auch kräftig diejenigen Kreise herangeholt wurden, die sich dem Börsenspiel fernhielten, konnte gelegentlich durch Veröffentlichung von sogenannten Animierundschreiben darzulegen werden. Die gingen allerdings nicht von den

Banken aus, wurden aber eifrig von kleinen Bankiers verschickt, die gleichfalls aus der großen Börsenschüssel mitessen wollten. So ging das Treiben immer weiter, bis in den letzten Monaten endlich auch die Regierung durch die Besorgnis geschreckt wurde, daß bei solcher Inanspruchnahme für spekulative Zwecke der heimische Kapitalmarkt minder leistungsfähig für künftige Anforderungen des Reichs zu Zwecken des Kriegsbedarfs werden könne. Die Ankündigung einer Erhöhung der Umsatzsteuer war die Folge. Die sollte angeblich von drei Zehntel vom Tausend auf eins vom Hundert gesteigert werden, um die Spekulation einzudämmen.

Wolkenschatten lagern nun über der Börse. Die drohende Stempelsteuerrhöhung hat die Stempeltränendrüsen in Bewegung gesetzt. Dicke Zahren rollen über die in Kursstürmen gebleichten Wangen der Börsenmänner. Sie suchen nach dem Schuldigen, der das Uebel heraufbeschworen hat. Die Banken, so hört man, sind's nicht gewesen, auch die Bankiers nicht. Die alle haben nur getan, was ihre von der Kriegskonjunktur entflammte Kundschaft ihnen auftrug. Einzelne Spekulanten allerdings haben über die Schnur gehauen. Einen andern Schuldigen aber hat man doch noch entdeckt: Die böse Presse, die mit ihrer Berichterstattung immer weitere Kreise herangelockt hat. Ihr müsse deshalb das Handwerk gelegt, die Berichterstattung, wenn nicht ganz verboten, so doch wesentlich beschnitten werden. Die Stimmungsbilder vor allem, die sie gibt, sind höchst gefährlich, die müssen Gesetz und Zensor streichen. Das alte Lied. Wenn die Presse ungesunde Gründungen, unvernünftige Geschäftsführung und Ähnliches aufdeckt, und dann die unvermeidliche Folge kommt, trägt sie an dem Uebel die Schuld. Das erlebt man Tag für Tag, ebenso auch das Bemühen ungeschickter oder ungetreuer Verwaltungsmitglieder, den Arm der Behörden in Bewegung zu setzen, um die Presse zu knebeln, die den Mut hat, das beim rechten Namen zu nennen, was mancher gern vertuschen möchte. Auch der sehr freie Verkehr in Berlin hat die Mahnungen der Presse nur ungern gehört. Dort wurden vor wenigen Wochen noch Kohlenaktien mit der Ankündigung in die Höhe gesetzt, daß das Kohlsyndikat eine Preiserhöhung plane. Daß daran kein wahres Wort war, wurde hier klar und deutlich ausgesprochen. Trotzdem ging das Treiben weiter und keiner fand sich in Berlin, der ihm Einhalt geboten hätte. Immerhin wäre dort wohl mancher zu finden gewesen, der vermöge seiner Beziehungen zum Kohlenbergbau und seiner Stellung in der Bankwelt mit recht guter Wirkung hätte sagen können, was die Kölnische Zeitung wußte. Da's nicht geschah, konnte man immer wieder mit dem Hinweis auf bevorstehende Kohlenpreiserhöhungen krebsen gehen. Die letzten Beschlüsse des Kohlsyndikats haben nun zur Genüge gezeigt, was hinter jenen Ausstreungen steckte. Trotzdem ist möglicherweise auch jetzt noch bei manchen Leuten die böse Presse schuld daran, daß Kohlenaktien über Gebühr getrieben wurden. Daß das Kohlsyndikat die Preise für ein halbes Jahr unverändert läßt, wird wohl auch nur für kurze Zeit den Spieleifer dämpfen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird man bald wieder von Kohlenpreiserhöhungen hören können, die im kommenden Jahr bevorstehen. Das ist so üblich und wird so bleiben mit oder ohne Presse, muß aber um so schlimmere Wirkung üben, wenn deren mahnende Stimme ausgeschaltet wird. Auch am Eisenaktienmarkt haben deren Warnungen nicht gefehlt. Jetzt hat die Regierung eine Nachprüfung der letzten Preiserhöhungen und deren Berechtigung eingeleitet und die Stabeisenwerke haben sich dahin geeinigt, den Höchstpreis von 195 M ab Oberhausen nicht zu überschreiten. Auch dabei spielt offenbar die Absicht eine Rolle, die Börsenspekulation nach Möglichkeit einzudämmen. Immerhin würde sich die darum keine allzu große Sorge machen. Die drohende Erhöhung der Umsatzsteuer ängstigt sie weit mehr, und das ist wohl auch mit ein Grund, weshalb sie nach einem Blitzableiter sucht, den Zorn der Himmlichen auf die Presse lenken möchte. Hoffentlich ohne Erfolg. Schon die jüngste Vergangenheit könnte lehren und namentlich die Reichsbankleitung könnte wissen, daß mit Verboten öffentlicher Berichterstattung recht großes Unheil angerichtet werden kann. Das ist zweifelsohne im Devisengeschäft geschehen, als man einige Monate nach Kriegsbeginn der Presse die Notierung von Devisenkursen wie überhaupt jede Berichterstattung hierüber untersagte. Man steckte den Kopf in den Sand und ließ die Dinge gehen wie sie gehen wollten. Sie gingen dann auch schlecht genug. Die Öffentlichkeit wurde eingeschläfert und gehindert, sich mit ihnen zu beschäftigen. Wer allerdings fremde Wechsel kaufen oder deutsche verkaufen mußte, erfuhr am eigenen Leib, wie übel die Lage war und wie die Wechselhändler am Kurs zu schneiden wußten. Als endlich zu Beginn des laufenden Jahres 100 holländische Gulden mit 259 M bezahlt werden mußten und auch im anderen Auslandsverkehr der Markkurs stark gesunken war, sah auch die Reichsbankleitung endlich ein, daß es so nicht weitergehen könne. Man regelte, viel zu spät allerdings, den Devisenverkehr, ordnete wieder öffentliche Kursnotierungen an und gab sie der Presse frei. Daraus sollte man auch jetzt eine Lehre ziehen und, statt jedes Börsengeschäft durch ungeheuerliche Erhöhung der Umsatzsteuer einfach zu erdrosseln oder gar die Berichterstattung der Presse einzuschränken, den amtlichen Börsenverkehr mit allen Vorsichtsmaßregeln und in beschränktem Umfang mit öffentlicher Kursnotierung wieder zulassen. Das würde wohlthätiger und wirksamer sein als Gewaltmaßnahmen, von denen noch nicht einmal feststeht, ob sie überhaupt zulässig sind; denn der Reichstag ist in die Ferlen gegangen und ohne ihn können neue Steuern doch wohl kaum eingeführt werden.